

Volker Rühle appelliert an die SPD:

# Politik der Obstruktion aufgeben

**Der Bundesvorstand der CDU hat sich in seiner Sitzung am Montag, 9. März 1992, mit der aktuellen politischen Lage beschäftigt, insbesondere auch mit dem Thema Asylpolitik und der widersprüchlichen Haltung der SPD-Führung. Vor der Presse erklärte Generalsekretär Volker Rühle im Bonner Konrad-Adenauer-Haus:**

„Gerade die Äußerungen des Münchner Oberbürgermeisters Kronawitter unterstreichen noch einmal die Richtigkeit unserer Politik. Deswegen die Aufforderung des Bundesvorstands der CDU auch an den Vorsitzenden der SPD, sich nicht lediglich durch kosmetische Maßnahmen in der Asylpolitik über den Wahltermin hinwegzureden. Die Zählappelle, die fernsehwirksam in Schleswig-Holstein veranstaltet werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bei dem weitgehenden Mißbrauch des Asylrechts bleibt. Der Münchner Oberbürgermeister hat zu Recht gesagt, ‚es sind nicht die Ärmsten der Armen, die häufig zu uns kommen, wenn wir diesen Menschen wirklich helfen wollen, dann ist es viel vernünftiger, das Geld vor Ort in den Ländern einzusetzen‘. Deshalb noch einmal unser Appell an die Sozialdemokraten, endlich ihre Politik der Obstruktion aufzugeben.“

In der Erklärung des Bundesvorstandes heißt es u. a.: Der Bundesvorstand der CDU begrüßt, daß die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag auf Ergän-

(Fortsetzung Seite 2)

## HEUTE AKTUELL

### ● Asylmißbrauch

Bei Münchens Oberbürgermeister Kronawitter hat sich die richtige Erkenntnis durchgesetzt. Seite 3

### ● Außenpolitik

Helmut Kohl in Prag: Unser Ziel ist die Aussöhnung. Seite 6

### ● Bundestagsfraktion

Wolfgang Schäuble: Ohne Europa gibt es keine Sicherheit. Seite 7

### ● SED-Unrecht

Arnold Vaatz: Ohne zu zögern greifen sie wieder zur Macht. Seite 11

### ● Drogenmißbrauch

Freigabe hieße, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Seite 16

### ● Öffentlichkeitsarbeit

Das Gesamtangebot von Informations- und Argumentationsmaterialien der CDU-Bürogeschäftsstelle. Rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

zung des Grundgesetzes im Deutschen Bundestag eingebracht hat. Mit der Annahme dieses Antrages wird der Weg frei zu einem harmonisierten europäischen Asylrecht.

Wie weit die Führung der SPD sich von der Realität entfernt hat, zeigt die Tatsache, daß die Bürgermeister von München, Kiel, Pforzheim, Mannheim, der Innensenator von Hamburg und auch der innenpolitische Sprecher der eigenen Bundestagsfraktion keinen anderen Weg mehr sehen, als sich öffentlich gegen die eigene Parteispitze zu stellen und eine Änderung des Grundgesetzes zu fordern.

Diese Haltung führender Praktiker der SPD beweist, daß mit einer Beschleunigung der Asylverfahren allein eine Lösung des Problems nicht zu erreichen ist. Wenn Deutschland nicht zum Reservasylland Europas werden soll, ist eine europäische Lösung unverzichtbar. Diese ist ohne eine Ergänzung des Grundgesetzes nicht zu verwirklichen.

Die SPD trägt ein hohes Maß an Verantwortung dafür, daß das Vertrauen des Bürgers in die Handlungsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats erhalten bleibt. Ein stures Festhalten an ihrer bisherigen Verweigerungshaltung begünstigt eine weitere Aushöhlung des Asylrechts und trägt dazu bei, radikale Stimmungen zu schüren.

Der Bundesvorstand der CDU fordert den Vorsitzenden der SPD auf, sich nicht lediglich durch kosmetische Maßnahmen in der Asylpolitik über den Wahltermin hinwegzuretten, sondern endlich eine Änderung der bisherigen verfehlten Asylpolitik in seiner Partei durchzusetzen.

Auch die Freien Demokraten sind aufgefordert, ihre bisherige Haltung zur Ergänzung des Grundgesetzes zu überprüfen.

## CDU steht für Stabilität

**Weiter heißt es in der Erklärung des Bundesvorstandes:**

Angesichts tiefgreifender Veränderungen in Europa, die sich vor allem aus dem Zusammenbruch des Sozialismus ergeben, liegt es gerade im deutschen Interesse, die europäische Einigung zügig voranzubringen. Nur in einem geeinten Europa können wir inneren Frieden, wirtschaftliche Stabilität und äußere Sicherheit bewahren.

Die CDU hat sich in der Vergangenheit immer wieder als die Partei des stabilen Geldwertes erwiesen. Das große internationale Ansehen der D-Mark ist untrennbar mit der Politik der CDU verbunden. Die CDU steht dafür, daß diese Stabilität, die wir oft genug gegen die Sozialdemokraten sichern mußten, auch in einem geeinten Europa erhalten bleibt. Es bedarf dazu keiner Ermahnungen der Sozialdemokraten.

Die Beschlüsse von Maastricht sind nicht Endpunkt, sondern eine entscheidende Zwischenstation auf dem Weg zur politischen Union. Jetzt müssen die zwischen den europäischen Partnern vereinbarten Vorhaben unverzüglich in den verschiedenen Bereichen — z. B. in der Innen- und Rechtspolitik, der Sicherheitspolitik sowie der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik — umgesetzt werden.

### Es ist 5 vor 12

*Der dramatische Appell von Münchens SPD-Oberbürgermeister Kronawitter, dem massenhaften Asylmißbrauch nun endlich per Grundgesetz-Änderung ein Ende zu setzen, macht deutlich: Es ist 5 vor 12.*

**Bild**

# Bei Kronawitter hat sich die richtige Erkenntnis durchgesetzt

**Zu dem heillosen Durcheinander in der SPD zur Asylpolitik erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Längst hat sich bei denjenigen Sozialdemokraten, die wie der Münchner Oberbürgermeister Kronawitter in kommunalpolitischer Verantwortung vor Ort stehen, die Erkenntnis durchgesetzt, daß die hohen Zugänge asylbegehrender Ausländer besondere Belastungen, insbesondere auch für die Kommunen, die für die Unterbringung zu sorgen haben, darstellen.

Die SPD wäre deshalb gut beraten, wenn sie bei der Abstimmung über den Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zur Ergänzung der asylrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes davon absehen würde, auf die Angehörigen der SPD-Fraktion weiter Druck auszuüben. Es verbietet sich, bei dieser wichtigen Frage Fraktionszwang auszuüben. Mit der Forderung, Artikel 16 zu ergän-

zen, wird ein Thema aufgegriffen, das unsere Bürger seit geraumer Zeit tagtäglich zunehmend an uns herantragen. Dieses die Menschen berührende Problem müssen wir lösen.

Ziel muß es dabei sein, zwar den wirklich politisch Verfolgten weiterhin Zuflucht zu gewähren, aber diejenigen Personengruppen von einem aufwendigen Asylverfahren auszuschließen, die unseres Schutzes deswegen nicht bedürfen, weil sie überhaupt nicht oder nicht mehr aktuell gefährdet sind. Da diese Personengruppen nach geltender Verfassungslage durch einfaches Gesetz nicht ausgeschlossen werden können, ist eine Grundgesetzergänzung unausweichlich.

Die Sozialdemokraten sollten sich von den Ketten lösen, die sie sich in der Vergangenheit selbst durch entsprechende Beschlüsse angelegt haben. Die oben genannten Vorstellungen, die sich mit denen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft decken, müssen jetzt umgesetzt werden. ■

## SPD-Bürgermeister haben es begriffen

*Ich finde es mutig und richtig, was der Münchener Oberbürgermeister Kronawitter gesagt hat. Die SPD-Bürgermeister haben offenbar begriffen, daß die gegenwärtige Asylpraxis den sozialen Unfrieden in den Städten schürt. Aber offensichtlich reicht der Druck von unten auf die Bonner SPD-Spitze noch nicht aus. Ich hoffe deshalb, daß auch*

*die Wähler noch Druck machen auf die SPD. Wir jedenfalls werden es tun. Wenn die sozialdemokratische Führung den Asylmißbrauch weiterhin toleriert und ihre Haltung nicht verändert, dann bleibe ich bei meiner Behauptung: Jeder weitere Asylbewerber, der nicht politisch verfolgt ist, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommt, den haben wir der SPD zu verdanken. Das ist ein SPD-Asylant.*

**Volker Rühle, FAZ, 8. 3. 1992**

## Im Februar wieder mehr Asylbewerber als im Januar

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Februar 1992 31.317 Asylbewerber (Vormonat: 31.021) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Jugoslawien: 12.540 (Vormonat: 12.573)  
 Rumänien: 3.760 (Vormonat: 3.077)  
 Türkei: 2.385 (Vormonat: 2.565)  
 Nigeria: 1.379 (Vormonat: 1.454)  
 Vietnam: 1.273 (Vormonat: 1.154)  
 Bulgarien: 783 (Vormonat: 1.151)  
 Libanon: 678 (Vormonat: 463)  
 GUS: 600 (Vormonat: 630)  
 Zaire: 533 (Vormonat: 484)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat erneut leicht gestiegen. Hoch ist nach wie vor der Zugang aus Jugoslawien. (Eine statistische Aufschlüsselung nach Jugoslawien, Kroatien und Slowenien ist zur Zeit aus technischen Gründen noch nicht möglich.)

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Februar 18.856 Asylbewerber. Das sind 60,2 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 67,8 Prozent (21.241 Personen).

In den Monaten Januar und Februar hat das Bundesamt über die Anträge von 34.282 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 1.770 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 5,2 Prozent. Abgelehnt wurden 24.877 Personen (72,6 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 7.635 Personen (22,2 Prozent). ■

## Kommentare

### Ein „Stolpe“ in München?

Wird Münchens OB Kronawitter zum „Stolpe“ der SPD im Asylstreit nach dem Beispiel des brandenburgischen Ministerpräsidenten im Steuerstreit? Da wird bei der SPD Stein und Bein geschworen, eine Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 zum Asylrecht werde ihre Zustimmung nicht finden — doch der OB der „Stadt mit Herz“ verlangt das Gegenteil. Andere werden folgen. Aber die Kommunalpolitiker, die das Problem am Hals haben, sitzen nicht im Bundestag, und dort braucht die CDU/CSU die Zweidrittel-Mehrheit. Und die hat sie nicht, selbst wenn die FDP mitstimmen würde. **Neue Rhein-Zeitung**

### Signal aus München

Wiederholt ist den SPD-Oberern prophezeit worden, daß ihr wirklichkeitsfremdes Nein zu einer Änderung des Asylartikels 16 im Grundgesetz zum „Aufstand der SPD-Kommunalpolitiker“ führen werde. Nun hat, in voller Kenntnis der parteipolitischen Gefechtslage, Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter das Signal gesetzt: Wo es nicht gelinge, „wirklich politisch Verfolgte und Armutsflüchtlinge zu trennen, darf die Ergänzung des Grundgesetzes kein Tabu sein“. Kronawitter wirft parteipolitischen Ballast ab, weil (längst nicht allein) in seiner Stadt die Aufnahmekapazitäten für Asylbewerber erschöpft sind. „Ich lasse mir mein Rückgrat nicht von einer Parteizentrale verbiegen.“ Das ist eine offene Kampfansage, ausdrücklich berechnet auf Nachahmung: „Jetzt ist die Stunde der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, die auf breiter Basis auf die Realität hinweisen müssen.“ Wenn Sozialdemokraten derart gegen die Parteiräson verstoßen, muß das Problem erdrückende Ausmaße angenommen haben. **Die Welt**

# SPD-Asylpolitik gescheitert

Noch vor Wochen versuchte die SPD, jeden in die „rechte Ecke“ zu stellen, der gegen den Mißbrauch des Asylrechts eintrat und eine Änderung des Grundgesetzes forderte:

» *„Wer Artikel 16 ändert, macht einen Kniefall vor Rechtsextremisten.“*

(Hertha Däubler-Gmelin, stellv. Parteivorsitzende, Süddeutsche Zeitung, 25. 9. 1991)

» *„Eine Änderung des Grundgesetzes hieße, „den Rassismus triumphieren zu lassen und die faschistische Propaganda ... als sachgerechte Lösung zu bestätigen.“*

(Horst Peter, SPD-MdB, FAZ, 4. 10. 1991)

Heute geben auch SPD-Bürgermeister zu: Die Städte und Kreise bekommen das Asylproblem nicht mehr in den Griff. Immer mehr SPD-Politiker fordern eine Änderung des Grundgesetzes:

» *„Ein ungesteuerter Zuzug von Armutsflüchtlings ... wird die Belastbarkeit der Städte und Gemeinden überfordern und auch von der deutschen Bevölkerung nicht hingenommen.“*

(Werner Hackmann, SPD-Innensenator in Hamburg, Die Welt, 4. 3. 1992)

» *Münchens SPD-Oberbürgermeister Kronawitter kritisierte seine eigenen Kollegen in der Führungsspitze, die „hehre Programmsätze wie eine Monstranz vor sich hertragen, aber von der Realität wenig Ahnung haben“.*

(Spiegel 10/1992)

Eine Änderung des Grundgesetzes ist nur mit den Stimmen der SPD im Bundestag möglich. Aber die Führung der SPD verweigert stur ihre Zustimmung. Das ist Politik auf dem Rücken der Bürger!

Engholm versuchte in Schleswig-Holstein den Nachweis zu erbringen, daß es auch ohne Grundgesetzänderung geht. Er ist gescheitert. Trotz beschleunigter Verfahren mußte er in einem Modellversuch feststellen, daß unter 477 Asylbewerbern lediglich 5 innerhalb weniger Wochen ihren — im übrigen ablehnenden — Bescheid erhalten konnten. Das entspricht einer Erfolgsquote von 1 Prozent — lächerlich!

## Deshalb:

Wir brauchen eine Grundgesetzänderung, damit der Mißbrauch des Asylrechts gestoppt wird. Deutschland darf nicht das Reserve-Asyl-Land für Europa werden.

**CDU**  
**Die Zukunft**

Helmut Kohl in Prag:

## Unser gemeinsames Ziel ist die Aussöhnung

**Bundeskanzler Kohl und der tschechoslowakische Präsident Havel haben am 27. Februar in Prag den Vertrag zwischen Deutschland und der ČSFR über gute Nachbarschaft und gute Zusammenarbeit unterzeichnet. In seiner Rede anlässlich der Unterzeichnung auf der Prager Burg erklärte der Bundeskanzler, daß die Zukunft nur dann gemeinsam gestaltet werden kann, wenn sich beide Nationen gemeinsam der Vergangenheit stellen.**

Nach einem Ausblick auf die Chancen einer künftigen partnerschaftlichen Zusammenarbeit hob der Kanzler die besondere Bedeutung der im Vertrag geregelten Minderheitenfrage hervor, wie sie sich im Kopenhagener KSZE-Dokument über die menschliche Dimension

niederschlägt. Helmut Kohl: „Diese Regelungen sind zugleich offen und anpassungsfähig für künftige Entwicklungen. Den Deutschen in der ČSFR werden damit Entfaltungsmöglichkeiten auf breiter Grundlage gesichert.“ Der Bundeskanzler erinnerte in seiner Rede an das leidvolle Schicksal der Sudetendeutschen, die aus ihrer angestammten Heimat nach 1945 vertrieben wurden, die aber zur Mitarbeit an dem deutsch-tschechoslowakischen Versöhnungswerk aufgerufen sind.

Dazu sagte er: „Ich wünsche mir besonders, daß auch diejenigen meiner Landsleute, die nach dem Kriege aus ihrer Heimat in der heutigen ČSFR vertrieben wurden, an dieser Aussöhnung mitwirken. Aussöhnung muß unser gemeinsames Ziel sein.“

### Drei Broschüren der Jungen Union

Die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands hat zahlreiche neue Informationsbroschüren publiziert: So stellt sich die Junge Union in einem handlichen Format in drei Sprachen, Englisch, Französisch und Spanisch, vor. Ein Muß für jedes reisende JU- und CDU-Mitglied!

Der Leitfaden „Jugendkulturarbeit“ informiert umfassend über alles, was mit der Kulturarbeit vor Ort zu tun hat, also Bezuschussungspraxen, Antragsformen, Durchführung von

kulturellen Veranstaltungen.

Die Broschüre „Wir sind eine Welt“ beinhaltet die während des Deutschlandtages der JU im November 1991 in Trier verabschiedeten Beschlüsse zu einer verantwortlichen Entwicklungspolitik und ist so als ideale Diskussionsgrundlage geeignet.

**Alle Informationsbroschüren sind zu beziehen bei der Bundesgeschäftsstelle der JU, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2.**

# Ohne Europa gibt es keine Sicherheit

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich in den kommenden Monaten verstärkt dem Schwerpunktthema Europa widmen. Angesichts eines zunehmenden Euro-Skeptizismus wird die Union deutlich machen, daß es zum Prozeß der europäischen Einigung, wie er mit dem Vertrag von Maastricht in seine entscheidende Phase getreten ist, keine vernünftige Alternative gibt.**

Dazu fühlt sich die CDU um so mehr aufgerufen, als sie nicht nur ihrem traditionellen Europa-Engagement treu bleiben will, sondern als Partei der verantworteten Freiheit auch der festen Überzeugung ist, daß nur ein geeintes Europa mit seiner politischen und wirtschaftlichen Anziehungskraft eine freiheitliche und damit friedliche Entwicklung in den neu entstandenen Demokratien Ost- und Südosteuropas fördern und stabilisierend begleiten kann.

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärt dazu: Es ist ein Trugschluß, zu glauben, nach der deutschen Wiedervereinigung, dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und dem Zerfall der Sowjetunion in unabhängige Staaten könne man im europäischen Einigungsprozeß eine Pause einlegen. Gerade weil in Ost- und Südosteuropa eine instabile Lage eingetreten ist, die eine friedliche Entwicklung als ebenso möglich erscheinen läßt wie kriegerische Auseinandersetzungen, muß die EG um so stärker darauf hinwirken, als politisch handlungsfähige und wirtschaftlich prosperierende Einheit der Stabilitätsanker Europas zu sein. Ohne Europa gibt es keine Sicherheit. Deshalb ist es wichtig, in den Bemühungen um eine rasche Verwirklichung der in Maastricht beschlosse-

nen Wirtschafts- und Währungsunion nicht nachzulassen.

Die damit verbundene Sogwirkung bietet zugleich die Chance, die innere Entwicklung der Staaten in Ost- und Südosteuropa positiv beeinflussen zu können. Das betrifft nicht nur schnelle Hilfe bei der Bewältigung der immensen wirtschaftlichen Probleme, sondern auch den föderativen Modellcharakter der Europäischen Gemeinschaft, der den häufig mit Minderheitenproblemen belasteten neuen Staaten einen Ausweg aus ihrem Dilemma weisen kann. Geldtransfer allein garantiert keine Stabilität.

Überall dort, wo der Beharrungswillen nationaler Mehrheiten dem Selbstbestimmungsrecht ethnischer Minderheiten entgegensteht und zu gravierenden politischen Spannungen führt, bietet sich ein auf dem Prinzip der Subsidiarität gründender Föderalismus als Lösungsmuster an. In dem Maße, wie sich in Ost- und Südosteuropa dadurch Gegensätze entschärfen und übergeordnete Gemeinsamkeiten entwickeln lassen, werden auch die zunächst neu entstandenen Grenzen zunehmend unwichtiger. An einem solchen Prozeß, ohne den auch eine nachhaltige wirtschaftliche Gesundung in diesen Ländern nicht denkbar ist, muß Europa insgesamt und Deutschland als nächster Nachbar ganz besonderes Interesse haben. Denn nur ein flacher werdendes Wohlstandsgefälle und politische Stabilität verhindern auf Dauer größere Wanderungsbewegungen. Es darf keine neuen eisernen Vorhänge in Europa geben.

Hinzu kommt die längst zur Binsenweisheit gewordene Erkenntnis, daß immer mehr Probleme immer weniger allein gelöst werden können. Das gilt für den

## Drei neue Broschüren zum Dresdner Parteitag der CDU

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands war das Thema des Dresdner Parteitages. In der Serie „POLITIK AKTUELL“ ist jetzt die zentrale Rede des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Helmut Kohl und das vom Parteitag beschlossene „Dresdner Manifest“ zusammen mit der Einbringungsrede des Generalsekretärs Volker Rühle erschienen.

### ● Helmut Kohl, Einheit leben

Bestell-Nr.: 5468

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 25 DM

### ● Dresdner Manifest mit einer Einführung von Volker Rühle

Bestell-Nr.: 5469

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 25 DM.

Die Überwindung der Trennung setzt eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit voraus. In einem eige-

nen Forum haben die Delegierten des Parteitages in Dresden mehr als vier Stunden mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über das Thema „Sich der Vergangenheit stellen — Vertrauen gewinnen“ diskutiert. Diese beeindruckende Diskussion liegt jetzt ebenfalls als Broschüre vor.

### ● Sich der Vergangenheit stellen — Vertrauen gewinnen

Bestell-Nr.: 5470

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 37,50 DM.

*(Fortsetzung von der vorherigen Seite)*

Umweltschutz genauso wie für die Sicherheitsinteressen, betrifft die Bekämpfung organisierter Kriminalität und des Drogenhandels nicht minder als die Bewältigung des Asylproblems. Hier zu weiteren Fortschritten zu kommen, muß gerade auch im deutschen Interesse liegen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich der Verantwortung, die daraus für die größte Regierungspartei erwächst, stellen.

Dazu gehört auch, daß der weitere Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion verbunden bleibt mit weiteren Schritten zur politischen Union. Für das europäische Währungssystem sind klare und positive Kriterien festgelegt. Es wird im Grunde

nicht nur dem deutschen entsprechen, sondern sogar noch stringenter und stabilitätsbewußter sein. Es ist sichergestellt, daß bei der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der „Europäischen Zentralbank“ nur diejenigen mitreden dürfen, die auch wirklich die strengen Stabilitätskriterien erfüllen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird mit Nachdruck darauf hinwirken, daß das Europäische Parlament stärkere Kompetenzen erhält, um seiner Kontrollfunktion gerecht werden zu können. Ein EG-Europa ohne demokratische Kontrolle bliebe eine Mißgeburt ohne positive Ausstrahlung auf die anderen europäischen Länder und darüber hinaus. ■



Aufschwung Ost:

# Das Programm konnte erfolgreich umgesetzt werden

Die in den vergangenen Zwischenberichten geäußerten Erwartungen haben sich in vollem Umfang bestätigt. Das Programm ist 1991 in allen Teilen erfolgreich umgesetzt worden, erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel auf einer Pressekonferenz in Bonn: Dazu hat vor allem die enge Zusammenarbeit zwischen den Bundesresorts und den Landesdienststellen auf allen Ebenen beigetragen. Hilfreich war außerdem die durch die Verwaltungsvereinbarung vom 19. August 1991 den Ländern eröffnete Möglichkeit, Umschichtungen zugunsten des Kommunalen Investitionsprogramms vorzunehmen.

Insgesamt schließt das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost mit Minderausgaben in Höhe von nur 3,4 Millionen DM ab.

## Kommunales Investitionsprogramm

Dieser Programmbereich bildete mit fünf Milliarden DM den Hauptschwerpunkt des Gemeinschaftswerks im Jahr 1991. Nach den Umschichtungen durch die Länder ab Herbst 1991 standen insgesamt 5.341,2 Millionen DM zur Verfügung. Diese Mittel waren — neben dem Kommunal-Kreditprogramm des Bundesministers für Wirtschaft außerhalb des Gemeinschaftswerks — die finanziellen Hauptressourcen für die Investitionstätigkeit im kommunalen Bereich. Im Früh-

jahr 1991 — wenige Monate nach der Wiedervereinigung — waren die neuen Länder noch nicht in der Lage, die Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten. Die Mittel dieses Programmteils sind voll abgeflossen, sie sind nach vorläufigen Informationen in den Haushalten der Kommunen voll verplant. Das Ziel des Kommunalen Investitionsprogramms — die schnellstmögliche Umsetzung als Anschub- und Übergangsfinanzierung — ist voll erreicht.

## Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Angesichts der Notwendigkeit tiefgreifender struktureller Umstellungen zur Anpassung an marktwirtschaftliche Gegebenheiten in Ostdeutschland haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch ihre Funktion als Beschäftigungsbrücke ein besonderes Gewicht. Dieser Programmteil hat mit einem Volumen von 2,45 Milliarden DM den zweitgrößten Anteil im Gesamtprogramm 1991. Die Mittel sind in voller Höhe abgeflossen. Die Verpflichtungsermächtigungen von 3 Milliarden DM mit Fälligkeit 1992 sind voll in Anspruch genommen. Zugleich wurde durch eine Schwerpunktbildung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich Umwelt- und Landschaftsschutz, Rekultivierung und Altlastensanierung ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Beitrittsgebiet geleistet.

## Verkehrsbereich

Der Ausbau und die Sanierung der Verkehrswege haben eine Schlüsselfunktion für die Infrastruktur und die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern. Die Umsetzung der für den Verkehrsbereich zur Verfügung stehenden Mittel von insgesamt 1,57 Milliarden DM ist gelungen. Es wurden gut 371 Millionen DM für den Bau von Bundesfernstraßen, 757 Millionen DM für kommunalen Straßenbau sowie 443 Millionen DM für den öffentlichen Personennahverkehr ausgegeben.

Gleichzeitig sind Aufträge zu den Investitionsvorhaben der Deutschen Reichsbahn in Höhe von 1,4 Milliarden DM vergeben worden, diese Maßnahmen werden erst im Jahr 1992 kassenwirksam.

## Wohnungs- und Städtebau

Für diesen Bereich waren nach den ursprünglichen Planungen im Jahre 1991 insgesamt 1,1 Milliarden DM vorgesehen. In der zweiten Jahreshälfte 1991 hat sich aber gezeigt, daß die volle Verausgabung der Mittel aus einer Reihe von Gründen (unvollkommene Verwaltungsstrukturen, notwendige Planungs- und Vorlaufzeiten, Personenengpässe vor Ort) nicht zu erreichen war. Beim Programmteil „Privatisierung kommunaler Wohnungen“ kam es zu Anlaufschwierigkeiten.

Insgesamt wurden für den Wohnungs- und Städtebau 1991 im Rahmen des Gemeinschaftswerks knapp 758 Millionen DM ausgegeben, davon 528 Millionen DM für Modernisierung/Instandsetzung, 15 Millionen DM für die Privatisierung kommunaler Wohnungen und 214 Millionen DM für Zwecke der Städtebauförderung.

Die restlichen Mittel von 342 Millionen DM wurden entsprechend der Verwaltungsvereinbarung vom 19. August 1991 überwiegend in das Kommunale Investitionsprogramm umgeschichtet.

## Sonderprogramm „Regionale Wirtschaftsförderung“

Die Mittel des Sonderprogramms in Höhe von 600 Millionen DM wurden restlos umgesetzt und in den neuen Ländern vorrangig in Regionen eingesetzt, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums wurde ein gewerbliches Investitionsvolumen von ca. 12 Milliarden DM induziert, mit dem gut 100.000 Dauerarbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden konnten.

## Umweltschutz

Für dringende Sofortmaßnahmen zur Sicherung von Deponien und für Erkundungen und Beseitigungen von Altlasten in Chemieindustriestandorten standen 412 Millionen DM bereit, die sich durch Umschichtungen noch auf 419 Millionen DM erhöhten. Die Mittel sind bestimmungsgemäß restlos abgeflossen.

## Hochschulbereich

Für Instandsetzung und Bestandssicherung von Hochschulen in den neuen Ländern waren 200 Millionen DM veranschlagt. Die Mittel wurden innerhalb des Hochschulerneuerungsprogramms (HEP) vollständig umgesetzt. Gefördert wurden u. a. Gründungsprofessuren, Habilitanten und Baumaßnahmen im Hochschulbereich.

Arnold Vaatz:

## Ohne zu zögern greifen sie wieder zur Macht

**Für die Verantwortung des Rechtsstaates gegenüber dem SED-Erbe ist in einem Zeitungsartikel in der „Welt“ vom 26. 2. 1992 der sächsische Umweltminister, Arnold Vaatz (CDU), eingetreten. Vaatz war vor dem Beitritt Sprecher des Neuen Forums in Dresden und wendet sich gegen eine oft zu beobachtende Solidarität mit den Tätern des SED-Unrechtssystems aus. Nachfolgend sein Beitrag:**

„Was ist Wahrheit? ... Wir wissen zumindest, was Lüge ist: Das eben habt ihr uns gelehrt. Was ist Geist? Wir kennen sein Gegenteil, den Mord ... Ich habe noch nie an die Wahrheit an sich geglaubt. Aber es ist schon viel, wenn man weiß, daß bei gleichen Kräfteverhältnissen die Wahrheit stärker ist als die Lüge.“ — Diese Worte von Albert Camus aus dessen Briefen „an einen deutschen Freund“ können vielleicht ein wenig von dem bitteren Geschmack erklären, der vielen die Kehle aufwärts kriecht, die eben noch den realen Sozialismus aus der Froschperspektive erlebten und nun mit versteinten Blicken die skandalöse Sympathie der aufgeklärten Öffentlichkeit mit den Tätern von gestern verfolgen.

Noch wird die deutsch-deutsche Welt durch Salman Rushdies Loch im Bettlaken untersucht, das von der unvermeidlichsten Wahrheit nur den unvermeidlichsten Bezirk freigibt. Aber die „selbstgerechten Sprecher der Opfer“ werden nicht locker lassen. Sie werden selbstgerechterweise niemals vergessen können, was ihnen, ihren Eltern, ihren Freunden

in diesem vergangenen, verhangenen Staat angetan wurde.

Das sind mehr als Taschendiebstähle und Einbrüche in Gartenlauben. Ich erinnere mich eines Beispiels für den Wert eines Menschenlebens damals aus der Zeit, die ich im Straflager Unterwellenborn zubrachte. Zwischen Weihnachten und Neujahr 1982/83 wurde wegen Übelkeit ein zu 20 Monaten Haft verurteilter Wehrdienstverweigerer in die Krankenstation des Lagers eingewiesen. Bei der Diagnose spielte die Absicht des Arztes, im Kreise der Familie die freien Tage vor dem Jahreswechsel zu genießen, offenbar eine größere Rolle als die erforderliche Gründlichkeit. So kam es, daß der Zeuge Jehovas Thilo Löffler bis zum Neujahrstag 1983 ohne ärztliche Behandlung eines Zuckerkomas blieb. Nachdem alle mitgefangenen Zeugen Jehovas die im Lager verbliebenen Bewachungskräfte lange bedrängt hatten, stimmten diese einer Überführung des kranken Häftlings in das Krankenhaus Saalfeld zu. Dort lebte er nur noch wenige Stunden. Eine Aufarbeitung dieses Falles hat es meines Wissens bis heute nicht gegeben.

Ihm werden die Opfer des real existierenden Sozialismus öffentliches Gehör verschaffen, auch wenn sie sich selbst zunehmend als das unerwünschteste Erbe empfinden müssen, das die politische Klasse (ausgenommen einige wenige) in Deutschland angetreten hat: Wer einmal in seinem Leben um der Wahrhaftigkeit willen Nein gesagt hat, als dies Nein noch bedeutete: Ende jeglicher Karriere,

Gefahr für persönliche Unversehrtheit, Gefahr für die Perspektiven der Kinder, der sagt nicht in einer viel weniger gefährlichen Zeit Ja, um irgendetwelcher Pfründe willen.

Die Mitglieder der PDS wehren sich heute mit einiger öffentlicher Anteilnahme gegen Pauschalverurteilung. Zu Recht. Sie sollten aber immer dazu sagen, daß in den Zeiten vor dem Namenswechsel der SED die Pauschalverurteilung aller demokratischen Institutionen als statutengemäßes politisches Instrument diente.

Weiterhin, so liest man, könne verbrecherisch zustandegekommenes Aktenmaterial keine höhere Glaubwürdigkeit erlangen als das Wort unbescholtener Menschen. Scheint auch plausibel. Dennoch sollte man sich auch gelegentlich an die Beschuldigungs-, Beweis- und Verurteilungsprinzipien erinnern, die im Osten zu realsozialistischen Zeiten galten.

Nicht, um nach unten zu messen. Nur um zu zeigen, wozu das Establishment der DDR zu schweigen hatte, wenn es am Tisch der Macht sitzen wollte — und sei es — wie einige Kirchenleitungen — bei der schwierigen Gratwanderung des gleichzeitigen Kampfes für Menschenrechte und Dauerreisevisa. Nach 1945 waren es selbstverständlich die Akten eines verbrecherischen Regimes, denen die neuen Machthaber Glauben schenkten. Denn die SED war nicht so dumm zu meinen, das NS-Regime hätte sich vermittels falscher Akten selbst belogen. Also hat man die Akten von Volksgerichtshof, Gestapo, SS in die Prozesse der Nachkriegszeit einbezogen — als Beweismittel.

Aber 1945 genügte wesentlich weniger als eine Schuld nach Aktenlage. Schuld konnte sich bemessen nach Grundbesitz. Wer mehr als 100 Hektar sein eigen

nannte, war schuldig. Ihn erwartete neben der Enteignung — wie man heute vielfach vergessen hat — auch eine faktische Ächtung, wenn er nicht zeitig genug in den Westen entkommen war. Aber man stelle sich für damals erst vor: Der Gestapo-Spitzel, der „für alle nur das Beste wollte“, „das Schlimmste in vielen Fällen verhindert hat“, „nie einem Menschen geschadet hat“ — für ihn hätte es bei den Kommunisten keine Gnade und von den Prä-68er-Intellektuellen keinen Nachruf gegeben.

Man hätte es einmal wagen sollen, über derartige Dinge damals öffentlich laut nachzudenken. Dafür gab es bis 1952 im Osten noch die Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald. Es gab Überlebende des NS-Terrors dort, die unter den Kommunisten am nämlichen Platz zu Tode kamen. In den Schulen der DDR wurden die Verfahrensweisen der Sowjets wie der DDR-Justiz stets als Maßstab für Recht und Unrecht schlechthin gelehrt. Heute weiß man: „Im Kommunismus sitzen die Demokraten im Gefängnis, und in der Demokratie sitzen die Kommunisten im Parlament“ — so sagte es unlängst der sächsische Landtagsabgeordnete Hähle vor dem Plenum.

Als meine Freunde und ich am 5. Dezember 1989 in Dresden an der Besetzung der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit teilnahmen, haben wir uns in den dramatischsten Minuten zwischen die aufgebrauchten Menschen und die Stasi-Mitarbeiter gestellt. Wir hatten dabei zeitweise Angst um unser Leben. Aber wir wollten das in unseren Kräften Stehende tun, um Blutvergießen zu vermeiden. Wir verweisen auf Recht und Gesetz, den Rechtsstaat, der geschaffen werden sollte. Der Rechtsstaat hat sich jedoch bis heute seiner Verantwortung bei der Aufarbeitung dieser Verbrechen entzogen. Viele mei-

nen, daß es an der Zeit wäre, Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit von einer bestimmten Dienststellung an aufwärts wegen des Verdachts der Vorbereitung terroristischer Straftaten in Untersuchungshaft zu nehmen. Der Ministerpräsidentenbrief der Stasi-Generäle böte Grund genug, sagen sie. Ich vermag dies nicht zu beurteilen. Gleichwohl befinden sich die Säulen der Staatsgewalt von gestern längst in der Gegenoffensive.

Wäre damals auf jenem überfüllten Hof der Dresdner Stasiverwaltung das nun sichtbar werdende Ausmaß der Stasi-Machenschaften bekannt gewesen, wer hätte dann wohl noch einen Pfifferling für die Unversehrtheit der dort Tätigen gegeben? Wie naiv waren wir doch damals! „Laßt sie in Ruhe, die Stasileute! Wenn Ihr ihnen nichts tut, dan tun die Euch auch nichts mehr!“ Weil diese Frage damals zu absurd war, hat sie niemand gestellt: „Und wenn sie sich in die nächste Volkskammer wählen lassen, in die Landtage?“ In welchem Brustton der Überzeugung hätten wir damals geantwortet: „Aber das können die doch niemals wagen! Nein, ausgeschlossen!“

Wenn es heute öffentlichen Unmut über die ehemaligen offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi gibt, dann am meisten wohl deshalb, weil sie die Stirn haben, nach allem, was geschehen ist, ohne eine Sekunde des Zögerns wieder zur Macht zu greifen und zwar unter Heranziehung der Gleichheitsgrundsätze des jederzeit von ihnen bekämpften Grundgesetzes und unter Ausnutzung des ihnen gegenüber offenbar in lächerlicher Weise impotenten Rechtsstaats. Angesichts seiner mangelhaften Vorbereitung auf die Sühne von Staats-Unrecht plädieren heute viele für Vergebung und Vergessen. Nur ist das, was aus Ratlosigkeit geschieht, niemals Vergebung. Und wollte man Vergebung gar als Staatslei-

stung fordern, so wäre es billig, von Strafverfolgungen für beliebige Delikte in Zukunft überhaupt abzusehen.

Dies alles wäre halb so schlimm, gäbe es nicht das öffentliche Bedürfnis nach Solidarität mit dem Täter. Die intellektuelle Hehlerei haben die Schmudes, die Gaus, die Böllings, die Jens, die Grass anscheinend längst zum Ehrenkodex erhoben. „Wolf Großinquisitor“ heißt Biermann jetzt, Gaus unsägliches Buch „Wo Deutschland liegt“ war ein Programm, das in die Zukunft wies: die Wirklichkeit im Osten handlich machen, sie so zurechtbiegen, daß sie ins Koordinatensystem des Überdrusses am Westen paßt. Es bekam prächtige Kritiken. Klar: Wir konnten uns zu dieser Zeit gegen solche Tiefschläge noch nicht wehren, das hätte Knast bedeuten können. Das Buch an sich ist ebenso dummdreist wie köstlich: Mielke, der, ausgestattet mit immer treffendem Witz, am Tisch das Besteck seiner Nachbarn in immer bessere Ordnung bringt.

Heute geht es mit von Mielke geordnetem Handwerkszeug über zur Hexenjagd: Mit der Einheits-Himbeersößen-Spritze (Die im Osten waren doch alle Täter und Opfer zugleich) gegen die Opfer des Stalinismus, deren Selbstgerechtigkeit zum Himmel stinkt, gegen die Akten der Staatssicherheit, die es nicht mehr zu vernichten gelang, und gegen den, der sie zu verwalten hat, Joachim Gauck, einer der wenigen, die sich darüber nicht beklagen: „Solange man Beistand aus allen Lagern der Demokratie hat und Sachverstand bei der Beurteilung der eigenen Arbeit, kann man den Haß derer, die hassen müssen, und das Unverständnis der schlecht Informierten ganz gut ertragen.“ Diese Worte von Gauck machen mir Mut, an die eingangs zitierten Sätze Camus zu glauben. ■

## Klage in Karlsruhe

# Verfassungstreue der Regierung Engholm erneut auf dem Prüfstand

Zum Normenkontrollverfahren der Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen das schleswig-holsteinische „Gesetz über die Mitbestimmung der Personalräte“ vom 17. Dezember 1990 vor dem Bundesverfassungsgericht erklären der Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Franz Möller und der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein, Rolf Olderog:

Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben beim Bundesverfassungsgericht Normenkontrollklage gegen das neue schleswig-holsteinische Mitbestimmungsgesetz der Regierung Engholm eingereicht. Die Union zieht damit die Notbremse, um die Verfassungstreue der Regierung Engholm und der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit in Schleswig-Holstein zu erzwingen. Denn das in Karlsruhe angegriffene Gesetz verstößt wegen schrankenloser Mitwirkungsrechte des Personalrats gegen das Grundgesetz.

Das Mitbestimmungsgesetz räumt dem Personalrat einer Verwaltung umfassende Mitbestimmungsrechte ein, die weit über die zulässige Interessenvertretung der Verwaltungsangehörigen hinausgehen. Der Personalrat hat sich bei seinen Entscheidungen nicht nur an den Belangen der Beschäftigten zu orientieren, sondern auch das „gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Umfeld zu berücksichtigen“. Ihm wird damit ein allgemeines politisches Mandat eingeräumt, das seine Ergänzung in einem entsprechend weiten Initiativrecht findet. Die Mitbestimmungskompetenz des Personalrates

beschränkt sich nicht mehr auf ausgesuchte Mitbestimmungstatbestände. Vielmehr werden ihm schrankenlose Mitspracherechte eingeräumt (Prinzip der Allzuständigkeit). Mit diesen umfassenden Rechten übt der Personalrat gleichberechtigt mit der Dienststellenleitung Staatsgewalt aus, was ihm nicht zusteht.

So kann der Personalrat beispielsweise dringliche Reformen der Verwaltungsorganisation wie etwa die Zusammenlegung oder Privatisierung von Behörden blockieren. Er könnte etwa eine Privatisierung mit der Begründung ablehnen, diese sei „gesamtgesellschaftlich“ unerwünscht. Oder er könnte die Neuorganisation eines kommunalen Eigenbetriebes mit der Begründung verweigern, das ökologische Umfeld werde nicht hinreichend berücksichtigt. Das kann aber nicht Aufgabe einer Mitbestimmung sein, welche ihre verfassungsrechtliche Legitimation aus der Verpflichtung ableitet, dafür zu sorgen, daß die Interessen der Behördenbediensteten vom Dienstherrn gebührend respektiert werden. Zur Entscheidung über allgemeinpolitische Fragen sind nicht die Vertreter von Partikularinteressen berufen, sondern die im demokratischen Willensbildungsprozeß (unmittelbar oder mittelbar) durch alle Bürger bestellten Organe des Staates und der Kommunen. Deshalb verstößt das schleswig-holsteinische Mitbestimmungsgesetz gegen das Demokratieprinzip des Grundgesetzes. Weitere Verfassungsverstöße kommen hinzu.

Nachdem die Union ihre Verfassungsklage angekündigt hatte, wußte die

schleswig-holsteinische SPD keinen anderen Rat, als die Union wahrheitswidrig mitbestimmungsfeindlicher Gesinnung zu bezichtigen. Demgegenüber hat die Union immer deutlich gemacht, daß sie sich mit der Verfassungsklage keineswegs gegen die Mitbestimmung schlechthin wendet, insbesondere nicht gegen die Mitbestimmung in der Wirtschaft, die grundlegend anders als die öffentliche Verwaltung strukturiert ist. Sie will vielmehr im Land Schleswig-Holstein ein Personalvertretungsrecht sicherstellen, daß den Vorgaben der Verfassung genügt. Dies ist auch deshalb notwendig, weil das Mitbestimmungsgesetz nach der erklärten Absicht der schleswig-holsteinischen SPD insbesondere von den neuen Bundesländern übernommen werden soll. Das schleswig-holsteinische Mitbestimmungsgesetz ist die verfassungsrechtliche Probebohrung der SPD, der dann später auf Bundesebene der Durchstich folgen soll. Dies gilt es zu verhindern. Das Normenkontrollverfahren der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten wird der Fraktionsjustitiar Dr. Möller federführend betreiben.

Die Verfassungstreue der Regierung Engholm steht damit zum wiederholten Mal beim Bundesverfassungsgericht auf dem Prüfstand. Bereits im Juni 1990 hatte das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Union in einer einstimmigen Entscheidung die Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts als verfassungswidrig verworfen. Beim Bundesverfassungsgericht ist weiterhin eine Verfassungsbeschwerde von vier schleswig-holsteinischen Gemeinden wegen Beschneidung der kommunalen Organisationshoheit anhängig; die 1990 novellierte Gemeindeordnung verpflichtet die größeren Gemeinden in Schleswig-Holstein in verfassungswidriger Weise, hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte einzurichten. ■

## Schwarzmalerei widerlegt

# Arbeitslosigkeit in Ost und West leicht rückläufig

**Trotz des in den Wintermonaten üblicherweise verhaltenen Konjunkturverlaufes ging die Arbeitslosigkeit im vereinten Deutschland insgesamt zurück. Der Rückgang fiel in den neuen Ländern mit über 53.000 weniger Arbeitslosen kräftiger aus als im Westen mit rund 11.000. Gleichzeitig verringerten sich die Quoten von 16,5 auf 15,9 Prozent im Osten und von 6,3 auf 6,1 Prozent im Westen. Damit liegen die aktuellen Arbeitsmarktzahlen für die Erwerbstätigen um rund 560.000 über dem Vorjahresmonat bei gleichzeitigem Unterschreiten der Arbeitslosenzahl vom Februar 1991.**

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärt zu den neuesten Arbeitsmarktdaten: Durch diese Entwicklung wurden die Schwarzmalerei der SPD, vor allem der Sozialexperte Dreßler, ihrer völligen Fehleinschätzung überführt und der Mangel an geeigneten Lösungen offengelegt. Entgegen den Ankündigungen der Opposition hat die Arbeitslosigkeit im Osten nicht dramatisch zugenommen. Auch das Horrorgemälde der flächendeckenden Entindustrialisierung im Osten wird durch die aktuelle Entwicklung und die erfolgreiche Arbeit der Treuhand als Wunschvorstellung der Opposition enttarnt. Mehr als die Hälfte der Treuhandunternehmen sind bereits privatisiert; wodurch nahezu eine Million Arbeitsplätze und rund 117 Milliarden Mark Investitionsvolumen gesichert werden konnten.

# Drogenfreigabe hieße, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben

**Die jüngst erhobene Forderung nach einem „Grundrecht auf Rausch“ stellt eine verantwortungslose Einmischung der Rechtsprechung in den Bereich der Politik dar.**

**Roland Sauer**, Leiter des Gesprächskreises „Drogen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Dabei kann ich mich nur wundern, daß die Strafkammer des Landgerichtes Lübeck die strafrechtliche Verfolgung von Haschisch- oder Marihuana-Konsumenten für verfassungswidrig erklärt. In Studien ist zweifelsfrei nachgewiesen worden, daß viele Abhängige harter Drogen den Einstieg über diese Cannabisprodukte gefunden haben.

Eine staatliche Freigabe weicher Drogen, wie jüngst auch wieder von der SPD-Regierung des Saarlandes gefordert, würde die Palette legaler Drogen (Alkohol, Nikotin) ausweiten. Die Folge wäre ein Anstieg der Zahl psychisch und physisch stark geschädigter Menschen. Die Legalisierung von Cannabisprodukten kommt meiner Ansicht nach einer offiziellen Verharmlosung der Opiatsucht gleich. Der Staat ließe sich auf die Stufe des Dealers herab und gäbe seinen im Grundgesetz verankerten Auftrag zur Gesundheitsfürsorge dem einzelnen Bürger gegenüber auf.

Das Ergebnis einer Freigabe wären das Sinken der Probierschwelle und eine explosionsartige Steigerung von strafbaren Handlungen unter Drogeneinfluß.

Deutschland drohten dadurch „niederländische Verhältnisse“ und machten es zu einem Drogenmekka mit ungeahnter Sogwirkung. Die Zahl der Rauschgift-süchtigen und der Drogentoten würde weiter ansteigen.

Nachdrücklich zurückzuweisen ist die Behauptung aus SPD-Kreisen, die Freigabe weicher und damit preisgünstigerer Drogen würde die Beschaffungskriminalität eindämmen.

Es gibt keinen einsichtigen Grund, von unserer auf Abstinenz abzielenden Drogenpolitik abzuweichen. Der Kampf gegen Drogenproduzenten, Kartelle und Kleindealer muß vielmehr noch systematischer und konsequenter geführt werden.

Hierbei steht Aufklärung an erster Stelle. Ich fordere die Bundesregierung daher auf, in einer großen Anti-Drogen-Aktion — ähnlich der Anti-Aids-Kampagne — gerade junge Menschen zu sensibilisieren und für ein „Leben ohne Drogen“ zu motivieren. Diese Aktion muß schon bei den legalen Drogen Alkohol und Nikotin ansetzen.

Die Hilfen für Drogenabhängige sind entscheidend zu verbessern. Es gilt, dem Grundsatz „Therapie vor Strafe“ noch mehr Bedeutung zukommen zu lassen.

In diesem Zusammenhang halte ich es für einen Skandal, daß gerade in den SPD-regierten Ländern den therapiewilligen Drogenabhängigen eine viel zu geringe Anzahl an Therapieplätzen zur Verfügung steht. Es würde den Sozialdemokraten besser zu Gesicht stehen, die drogenfreie Therapie endlich auszubauen, anstatt die nicht zu verantwortende Freigabe von Drogen zu propagieren.

Nachsicht gegenüber den Tätern schadet den Opfern. Es ist daher unabdingbar, noch vor der Sommerpause die dringend notwendigen Gesetzesvorhaben gegen die Arbeitsweise der Drogenkartelle zu verabschieden.



# Dirk Fischer neuer Vorsitzender der Hamburger CDU

Ein neues Kapitel der Hamburger CDU will der neue Vorsitzende Dirk Fischer aufschlagen und baut dabei auf die Hilfe aller Mitglieder. Das Votum für ihn war eindeutig: 190 von 225 anwesenden Delegierten stimmten am 29. Februar im Festsaal der Handwerkskammer am Holstenwall mit Ja und vollzogen damit einen reibungslosen Übergang.

Bis zu diesem Tag hatte Jürgen Echternach die Hamburger CDU geführt und während seiner 18jährigen Amtszeit die Partei aus dem Ghetto eines Honoratiorenclubs zur Aufgeschlossenheit einer modernen Volkspartei mit derzeit 13.500 Mitgliedern gebracht.

Sein neunter und letzter Rechenschaftsbericht zeichnet die Stationen einer Entwicklung nach, die bei den Bürgerschaftswahlen in dem seit je SPD-regierten Hamburg nahe an den Wahlerfolg heranführte. Aber eben nur „nahe“.

## Neue Ideen für moderne Partearbeit

Echternach: Es schmerzt mich, dieses eine Ziel nicht erreicht zu haben, die Hamburger CDU in die Regierungsverantwortung geführt zu haben.

Unter Echternachs Führung hat die Hamburger CDU nicht nur den enormen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, sondern auch eine Ausgewogenheit ihrer Mitgliederstruktur erreicht, die heute ihresgleichen sucht.

Der Anteil an jüngeren Mitgliedern ist hier doppelt so hoch wie in den anderen Bundesländern. 28 Prozent der Delegierten am Hostenwall sind jünger als 35

Jahre, und den höchsten Frauenanteil unter den CDU-Landesverbänden hat die Hamburger CDU.

Unter Echternachs Führung ist schließlich auch die achtmonatige Diskussion über die „Reform der Hamburger CDU“ angestoßen worden, die am 15. Februar in ein Reformkonzept mit mehr als 200 Punkten mündete.

In seinem Grußwort bestätigt der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl: „Wenn sich die Hamburger Landespartei heute als gefestigt und leistungsfähig präsentiert, so ist dies Ihr bleibendes Verdienst.“ Ungeachtet des engen Spielraums, in dem eine Opposition nun einmal gefangen ist, habe es Jürgen Echternach immer wieder verstanden, der Partei neue Impulse zu geben und zugleich den Bürgern Hamburgs Perspektiven zukunftsweisender christlich-demokratischer Politik nahezubringen“.

Als einen Spiegel, den „wir uns einander vorgehalten haben“, beschreibt Dirk Fischer die achtmonatige Reformdiskussion, die unausweichlich war angesichts von Parteienverdrossenheit und nun eine Öffnung für das Neue ist. Aber: „Erfolgreich wird die Reform erst dann sein, wenn alle sie als Chance begreifen.“

## Der Wechsel in Hamburg ist unumgänglich

Die lange Reihe der Versäumnisse, Fehler und Pannen, die der regierende Senat zu verantworten hat, zeigt, wie unumgänglich der Wechsel in Hamburg ist:

— die Zukunft verschlafen bei Verkehr und Wohnen,

— dringender Nachholbedarf beim Umweltschutz,

— es fehlen die Antworten auf die dringenden Fragen der Pflegeversicherung, der kinderfreundlichen Stadt, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Hilfen für Alleinerziehende.

Als wichtigster Akzent in der Beschreibung dessen, was den Stil seiner Amtsführung ausmachen wird nannte Fischer: Vor dem Versprechen noch, hilfreiche Kritik ertragen zu wollen, stehe sein Wunsch für die Partei „Türen auf!“ Ohne daß sie gleich auch Parteimitglieder werden müssen, sollen Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen aufgefordert und eingeladen werden. Schneller als bisher müssen sie mit Aufgaben betraut werden. Fischer: „Wenn wir dazu nicht bereit sind, werden sie auch ganz schnell wieder gehen.“

## Die Türen der Hamburger CDU weit aufmachen

Generalsekretär Volker Rühle greift in seiner Rede die Ankündigung des neuen Landesvorsitzenden auf und zitiert: „Wir wollen die Türen der Hamburger CDU ganz weit aufmachen.“ Er macht den Unterschied zwischen Diskussion und Streit, gibt aber zu bedenken, daß es nur die schmerzlichen Diskussionen sind, die weiterführen.

Der Generalsekretär macht dem neuen Landesvorsitzenden Dirk Fischer Mut („Wir werden Verbündete sein.“) und ist sich mit dem anderen prominenten Parteitagsgast, dem Bremer Landesvorsitzenden Bernd Neumann, einig: Hamburg braucht eine starke CDU mit neuen Maßstäben. Die SPD hat alle Maßstäbe verloren, ist verstaubt und muß abgelöst werden. ■

## Bundesdelegiertenversammlung

„Die Einheit Deutschlands ist von vielen jungen Menschen noch gar nicht angenommen worden.“ Mit diesen Worten hat Generalsekretär Volker Rühle auf der 45. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Königswinter seine Befürchtung begründet, „daß die Herstellung der inneren Einheit nach der Überwindung der vierzigjährigen Spaltung am Desinteresse scheitern könnte“.

Rühle schließt das aus Gesprächen mit Studenten und Schülern, die ergaben, daß höchstens jeder vierte die neuen Bundesländer schon einmal besucht habe. Er freue sich darüber, daß die westdeutsche Jugend sich in Florenz und Paris fast wie zu Hause fühle; aber darüber dürfe sie den Osten Deutschlands nicht vergessen. „Die jungen Deutschen aus Ost und West müssen zusammen zur Schule gehen, studieren und arbeiten“, forderte Rühle.

Der scheidende RCDS-Bundesvorsitzende Schneller und der in Königswinter neu gewählte Vorsitzende Wälzholz erinnerten die verantwortlichen Politiker daran, daß es nicht nur innere Hemmungen, sondern auch materielle Nöte gebe, die ein Zusammenwachsen hinauszögerten. Dazu gehörten die unzureichende Ausbildungsförderung für ostdeutsche Studenten, aber auch der Mangel an Wohnungen. Der RCDS hatte sich vehement dafür eingesetzt, daß die BAföG-Sätze für ostdeutsche Studenten dem westlichen Niveau angeglichen werden, was die Bundesregierung auch beschlossen hat, aber erst für 1993. Dagegen hat der RCDS protestiert.

# Weltfrieden statt Religionsfrieden

Die große Bedeutung des Friedens zwischen den Religionen für den Frieden in aller Welt unterstrich Professor Hans Küng beim 19. Bonner Theologischen Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Ca. 400 Teilnehmer waren der Einladung des Bundesvorsitzenden, Peter Hintze, ins Konrad-Adenauer-Haus gefolgt.

Für Küng, Direktor eines ökumenischen Instituts, ist ein Weltethos, das alle Religionen mittragen können, Grundlage für den Frieden. Der Golfkrieg wäre vielleicht zu verhindern gewesen, wenn man die religiöse Dimension des Konflikts ernster genommen hätte.

Christentum, Judentum und Islam müssen den Dialog suchen, ihre gemeinsamen Werte betonen und nicht fortwährend an Jahrhunderte zurückliegende Konfrontationen erinnern. Dringend

## 19. Bonner Theologisches Gespräch des EAK

erforderlich ist eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus. Entschieden warnte Küng vor religiösen Bewegungen, die sich mit politischer Macht oder geistlicher Gewalt verbünden.

Politiker, Diplomaten und Militärs forderte Küng auf, die Religiosität des Menschen ernster zu nehmen:

„Gewiß, Religionen waren und sind immer in Versuchung, zum Zwecke des Machterhalts ihrer Institutionen, Konstitutionen und Hierarchien nur um sich selber zu kreisen. Und doch vermögen sie, wo sie wollen, mit noch anderer morali-

scher Kraft als viele internationale Organisationen der Welt glaubwürdig zu machen, daß es ihnen um das Wohl des Menschen geht.“

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand die Frage nach der Konkretion eines möglichen universalen Grundethos. Dazu Professor Küng:

„Die Religionen und ihre Repräsentanten, die bisher so passiv waren, sollten wie in Osteuropa, Südafrika, auf den Philippinen auch im Nahen Osten aktiv werden, und den Politikern ihre Aufgabe erleichtern, um den Frieden zu gewinnen. Wir brauchen keine Einheitsreligion, wir brauchen endlich Frieden zwischen den Religionen. In allen Kirchen, Synagogen und Moscheen sollte für den Frieden nicht nur gebetet, sondern geworben werden.“

## Broschüre zur Umweltarbeit

Nicht nur für Jugendliche, sondern auch für andere Interessierte, hat der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. eine Broschüre mit Aktionstips für handfeste Umweltarbeit vor Ort veröffentlicht. Zahlreiche Aktionstips beschreiben verschiedene Möglichkeiten der Umweltarbeit in den Kommunen. Außerdem finden sich in der Broschüre Musteranträge für Umwelterziehung in Kindergärten und Schulen sowie zur Anlage von Biotopen in Gemeinden.

**Die Broschüre ist erhältlich bei:**  
**Frischluft e.V., Annaberger Str. 283,**  
**W-5300 Bonn 2, Tel. (02 28)**  
**31 00 23, Fax (02 28) 31 47 03.**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# WIR LIEBEN KINDER

Noch nie wurde soviel für Frauen, Familien und Kinder getan wie in den bisherigen 10 Jahren der Regierung Helmut Kohl.

## Mehr Erziehungsurlaub 1992

● Wer Kinder erzieht, zahlt weniger Steuern. Der steuerliche Freibetrag ist seit dem 1. Januar 1992 fast zehnmal höher als zur Zeit der SPD-Regierung vor 1983.

● Das Kindergeld für das zweite Kind ist von DM 100 auf DM 130, also um

30 Prozent angehoben worden; das Kindergeld für das erste Kind steigt von DM 50 auf DM 70, also um 40 Prozent.

● Das von der SPD abgeschaffte Kindergeld für arbeitslose Jugendliche ist wieder eingeführt.

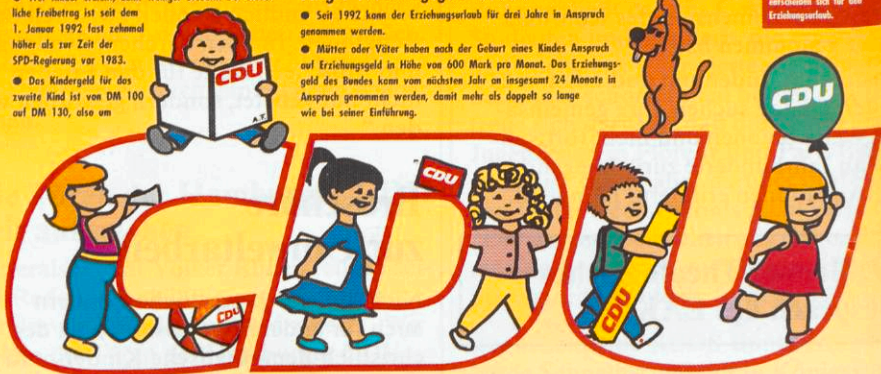
## Länger Erziehungsgeld 1993

● Seit 1992 kann der Erziehungsurlaub für drei Jahre in Anspruch genommen werden.

● Mütter oder Väter haben nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf Erziehungsgeld in Höhe von 800 Mark pro Monat. Das Erziehungsgeld des Bundes kann vom nächsten Jahr an insgesamt 24 Monate in Anspruch genommen werden, damit mehr als doppelt so lange wie bei seiner Einführung.

## Positive Bilanz

Das Erziehungsgeld kommt um 90 Prozent der Eltern nahmen Erziehungsgeld in Anspruch und 91 Prozent entscheiden sich für den Erziehungsurlaub.



*Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.*

# UID

8/1992

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.